

Interview mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Monika Grütters

Anhängerin des Staatsziels "Kultur"

Von Philipp Girrger

medien-mittweida.de sprach mit der Bundestagsabgeordneten Monika Grütters. Die Botschafter deutscher Kultur im Ausland - die Goethe-Institute - sind noch nicht konsolidiert und im Land fehlt die Verankerung der Kultur in der Verfassung. Und: Wo sollte das Geld für Kultur eigentlich herkommen?

Monika Grütters ist Obfrau der CDU-Bundestagsfraktion im Bereich Kultur und Medien und im Unterausschuss "Auswärtige Kulturpolitik" tätig. Zudem war sie 2007 Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Kultur in Deutschland".

Frau Grütters, wie beschreiben Sie Ihre Aufgabe?

Unsere Aufgabe als Kulturpolitiker ist es, das Bewusstsein für den Wert der Kultur bundesweit zu schärfen. Wir sehen uns immer noch dem Vorbehalt ausgesetzt, Kultur sei nur für die Elite. Dabei geben wir nur 1,8 Prozent der Bundes-, Länder- und Kommunalsteuerausgaben für Kultur aus – absolut rund 8 Milliarden Euro im Jahr. Damit erreichen wir ein Vielfaches, wirtschaftlich und für das Bewusstsein und die Atmosphäre der Deutschen.

Sie haben im Februar 2008 geschrieben: "Ein wesentlicher Anteil wird bereits heute durch privates Mäzenatentum und durch die Tätigkeit von Stiftungen geleistet". Ist es dann nicht sinnvoll, nur auf Privatfinanzierung zu setzen?

Wir versuchen, das Mäzenatentum in der Tat zu stimulieren. Aber wenn ich die Wahl zwischen Geld oder Freiheit hätte, würde ich mich für Freiheit entscheiden. Für die Kultur ermöglicht das Artikulation und Experimentieren unabhängig vom Geschmack der Geldgeber. Das schließt sogar das Risiko des Scheiterns ein. Fortschritt durch Experimentieren geht nur mit staatlicher Grundförderung.

Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt. Zwei totalitäre Regime haben die Kultur und die geistig eigenständigen Intellektuellen bevormundet, unterdrückt und Linien vorgegeben. Damit das nie wieder passiert und weil wir wissen, dass das Freidenkertum uns vor neuen totalitären Anwandlungen bewahrt, unterstützen wir diese Bereiche mit Steuermitteln. Die Freiheit von Kultur und Wissenschaft ist nicht ohne Grund in der Verfassung verankert.

Diese Freiheit kann nicht gewähren, wer Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen ausschließlich von Mäzenen, Stiftungen und privaten Geldgebern abhängig macht. Ich sehe mit Freude, dass sich eine Geberkultur entwickelt, die zusätzliche Möglichkeiten schafft. Es mangelt aber an einer Kultur der Anerkennung des privaten Engagements.

2007 kam aus ihrer Partei die Diskussion um ein Staatsziel "Kultur" auf. Ihr Kollege Börnsen (CDU) schrieb Anfang 2007, dass die Aufweichung einer in sich stimmigen Verfassung nicht das Ziel sein kann. Grosse-Brömer (CDU) polemisierte: "Bei jedem mit einer Grippe, kommt es auf einen Herzinfarkt auch nicht mehr an". Ist das Staatsziel "Kultur" in der Partei gekippt?

Ich bin eine Anhängerin des Staatsziels "Kultur". Das habe ich in meinen Reden und zuletzt in einem Plädoyer im Rheinischen Merkur bundesweit veröffentlicht. Es gibt in meiner Partei, auch in der Bundestagsfraktion, Vorbehalte. Beispielsweise sagen Verfassungspuristen, wie Norbert Röttgen (CDU), wir sollten die klare und puristische Sprache des Grundgesetzes nicht durch Zusatzanhängsel aufweichen. Ich habe für diese Position Verständnis und betone, dass das Staatsziel "Kultur" keines wie die anderen ist.

Unsere Aufgabe als Kulturpolitiker ist es, in der Partei und Fraktion aber vor allem auch in der Öffentlichkeit zu erklären, dass Kultur zum Bewusstsein Deutschlands gehört. Wir waren zuerst eine Kultur- und dann eine politische Nation. Kultur hat etwas mit Verfasstheit, Selbstbewusstsein und Selbstverständnis unserer Nation zu tun - nicht nur mit Stimmungslage. In der Welt wird unser nachhaltiger und glaubwürdiger Einsatz für kulturelle Grundlagen unseres Zusammenlebens gut geheißen. Das gehört in einer Verfassung gesagt. Auch mit einem Satz wie: "Die Landessprache ist Deutsch". Es gibt viele Länder, die in der Verfassung ihre Sprache festgeschrieben haben. Ausgerechnet das Land der Dichter und Denker macht das nicht.

Dass heißt, Sie lehnen ab, dass der Bundestag über die möglichen Staatsziele "Kultur und Sport" zusammen abstimmt, um eine Mehrheit zu ermöglichen?

Ja. Ich finde, dass der Deutsche Kulturrat mit dieser Idee einen Sündenfall begangen hat. Damit verrät er die Besonderheit der Stellung "Kultur" gegenüber anderen Staatszielen. Lieber gar kein Staatsziel Kultur, als dass ich es mir über Sport erkaufe. Die Kultur hat es nicht nötig, sich nur im Interesse einer Mehrheit mit anderen zu verknüpfen.

Sie waren vor kurzer Zeit auf Delegationsreise in Israel und konnten die "Deutschen Kulturwochen" in Israel begleiten. Wie stellte sich der Blick auf Deutschland von außen dar?

Israel ist ein spannendes, aber leider schwieriges Land. Dort herrschen Konflikte nicht nur territorialer und ethnischer Art, sondern auch kultureller. Sie sind leider häufig religiös fundiert. Wir wollten herausstellen, dass gerade die Kultur eine verbindende, harmonisierende, dialogorientierte Kraft ist. Eine, die Mauern ethnischer und sprachlicher Art überwindet.

Wir haben in Deutschland weltweit erfolgreiche Austauschprogramme. Das Künstlerprogramm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ist ein Musterbeispiel dafür. Solche Modelle versuchen wir in den Konfliktzonen im Nahen Osten zu tragen. Wir haben dort Stipendien-Programme, die Goethe-Institute in Jerusalem, Tel Aviv und Ramallah.

Sie haben die Goethe-Institute angesprochen. Seit dem 1. April haben die einen neuen Präsidenten - Klaus-Dieter Lehmann. Wie zufrieden sind Sie mit seiner Arbeit?

Klaus-Dieter Lehmann war viele Jahre Präsident der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" und hat dort einen herausragenden Job gemacht. Er hat Denkanstöße geliefert sowie die riesigen Bauprojekte auf der Museumsinsel stimuliert. Der Präsident hat internationale Bezüge und begreift sein Amt auch so. Ich bin zuversichtlich, dass er die Goethe-Institute voranbringt.

Das ginge jedoch nicht, wenn nicht die Exekutive und Legislative im Deutschen Bundestag mitmachen. Dass es einen Unterausschuss "Auswärtige Kulturpolitik" gibt, hat den Goethe-Instituten, die in einer großen Krise steckten, gut getan. Mit viel Aufmerksamkeit, Einsatz und

seit elf Jahren mit neuem Geld, haben wir geholfen, die fast 160 Institute weltweit zu konsolidieren. Sie sind die besten Botschafter der deutschen Kultur im Ausland.

Anfang 2007 waren die Goethe-Institute in der Krise. Sie erhielten daraufhin eine Finanzspritze von rund 13,5 Millionen Euro. Jetzt haben die Institute angeregt, für sich einen Wirtschaftsbeirat einzuführen, um besser mit dem Geld haushalten zu können. Sind die Probleme schon überstanden oder noch Aufarbeiten an der Tagesordnung?

Die Goethe-Institute sind immer noch in einem schwierigen Konsolidierungsprozess. Doch den haben sie nicht allein verschuldet. Die Krise ist hauptsächlich eingetreten, weil Deutschland über elf Jahre nur gespart hat und das in diesem kleinen Posten, von insgesamt 130 Millionen Euro des Bundeshaushaltes. Trotz finanziellen Gewinns zerstörten sie dadurch mehr.

Im Umstrukturierungsprozess spart auch die Verwaltung in München Personal ein, um nicht vor Ort ihre Projekte runterfahren zu müssen. Auch die Organisation im Ausland wird umstrukturiert. Wir haben sogenannte Regionalinstitute gegründet, wie in Südamerika und Mittelamerika. Weiterhin haben wir Budgets eingeführt. Die Institute bekommen somit nicht mehr einen jährlichen Zuschuss, indem genau festgeschrieben ist, wie viel für Personal, Sachmittel und Projektarbeit ausgeben werden soll. Jetzt geben wir ihnen Globalbudgets und lassen die Institute über die Mittelvergabe im Einzelnen selbst entscheiden. Das können sie vor Ort besser. Wir machen obendrein Zielvereinbarungen und nicht mehr Zielvorgaben mit den Leitern.

Dieser Prozess ist gerade in Gang. Und bis er abgeschlossen ist, dauert es noch. Aber es gibt eine Aufbruch-Stimmung. Die Institute können wieder gestalten und müssen nicht mit dem nächsten Kürzungsbeschluss rechnen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Erschienen: www.medien-mittweida.de, 26.06.2008